

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 12

Rubrik: Korruption ohne Schlagzeilen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Korruption ohne Schlagzeilen

Die wirkliche oder angebliche Korruption des bürgerlichen Regimes und seiner Vertreter ist ein ganz grosses Thema im jetzigen italienischen Wahlkampf und schon längst zuvor. Enthüllungen und Skandale werden über alle Medien allen Bewohnern des Landes plakatiert zur Kenntnis gebracht. Und die implizierte bis explizierte Schlussfolgerung aus dieser summierten Anprangerung ist die summarische Logik: Zu diesem korrupten System der Bourgeoisie braucht es die Alternative des (kommunistischen) Sozialismus.

Dabei ist es keineswegs so, dass diese Alternative, die auf regionaler Ebene ja durchaus Behörden stellt, etwa von Korruption frei wäre. Hingegen ist sie von der Ausschlichtung dieser Thematik durch ihre Gegner frei. Es gilt als anrüchlich bis gefährlich, Skandalberichte über KPI-Mitglieder oder Sympathisanten in die Öffentlichkeit zu tragen oder gar an die grosse Glocke zu hängen. Wo solches zaghaft versucht wird, bricht seltsamerweise der Skandal umgekehrt

«Der Faschismus von morgen wird niemals sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘»

Ignazio Silone 1945 (zitiert in «Weltwoche», Zürich, 26. 5. 1976).

aus. Man empört sich nicht über den Bestechungsfall oder was immer es sei, nein, man empört sich über die Bekanntmachung als ein schmutziges Bestreben, den Fortschritt zu diskreditieren. Und man spricht von faschistischen Machenschaften. Und weil jedermann sich vor dieser Etikettierung fürchtet, bleibt die heile Welt der Alternativkräfte erhalten, soweit es ihr öffentliches Image angeht. Für ungefähr jeden, der öffentlich mitreden will, gilt es als ebenso unanständig, von der kommunistischen Korruption zu reden wie von der bourgeoisen Korruption nicht zu reden.

Dabei ist es nicht so, dass Informationen über Affären um KPI-Mitglieder objektiv nicht erhältlich wären; der Systemwechsel hat schliesslich noch nicht stattgefunden. Aber sie dürfen politisch keine Wellen werfen; die Tabus der Mentalität bestehen bereits.

Beispiele für Korruption in den kommunistisch verwalteten Gebieten Italiens gibt es also.

● In Teramo mussten zwei kommunistische Mitglieder der dortigen Behörden verhaftet werden. Dr. Pietro Battaglia und Franco Costantini hatten sich unter Missbrauch ihrer Aemter als Bürgermeister und Adjunkt der passiven Bestechung schuldig gemacht. Sie erteilten einem Geschäftsmann namens Pietro Macera eine Baubewilligung gegen ein Schmiergeld von 100 Millionen Lire. Weil ein Tonband über die Abschlussverhandlungen existiert, ist die Sache beweiskräftig. Die beiden Angeschuldigten machten denn auch nur geltend, dass sie keine persönli-

chen Bereicherungsabsichten verfolgt hätten; das Geld sei für die Parteikasse bestimmt gewesen.

● In Cartone hat ein gewisser Aldo Sama in einer ähnlichen Affäre Klage gegen kommunistische Mitglieder der Gemeindeverwaltung erhoben. Diesmal hätte einer Baubewilligung angeblich mit 10 Millionen Lire nachgeholfen werden sollen. Anzumerken ist, dass der Geschädigte ebenfalls der KPI angehört.

● In Rom hat der Staat gegen den Geschäftsmann Camillo Crociani wegen Veruntreuung staatlicher Gelder und politischer Korruption Klage erhoben. Crociani ist deklariert KP-Sympathisant und pflegt angeblich enge Beziehungen zur sowjetischen Botschaft.

Diese Beispiele beweisen, für sich genommen, vorerst nur, dass auch Kommunisten zu den Menschen gehören, die den Versuchungen in einflussreichen Stellungen nicht widerstehen können. Was normal ist. Nicht normal hingegen ist, dass diese Normalität im öffentlichen Bewusstsein nicht registriert wird, dass die Ausschlichtung von Korruptionsskandalen — ob sie nun zu den Tugenden oder Untugenden des publizierenden Bürgers gehöre — eine Sache ist, die nur einseitig funktioniert. Als ob es schon eine Zensur geben würde. Aber die Bereitschaft zur Selbstzensur wird dort wie anderswo die Einführung der Zensur erleichtern. Noch ist es bloss Konformismus, wenn man gegen die als massgeblich erachteten Strömungen der Zeit nicht aufzumucken wagt; bald wird es Botmässigkeit sein.

Viel grösser als bei Individualfällen ist die politische Implikation der Korruption dort, wo die KPI als Institution geschäftet, mit Provisionen aus der gleichen Quelle, die auch den KGB speist (siehe Seite 6). Das gehört nicht mehr zu den Zweideutigkeiten, sondern schon wieder zu den Eindeutigkeiten der Anti-Korruptionskampagne der KPI. cb

Sacharow und Berlinguer

In einem Interview für die Turiner Zeitung «La Stampa» hat Andrej Sacharow seine Sympathie zu Enrico Berlinguer und die politische Linie der KPI bekundet. Bedeutet das, dass uns die gute Sache der italienischen Kommunisten sogar von der sowjetischen Dissidenz beglaubigt wird?

Die Frage lässt sich nicht beantworten, solange sie im hiesigen Kontext gestellt wird, den Sacharow ausgesprochen nicht meinte. Er hat seine Sympathie nicht in der Alternative zur westlichen Demokratie ausgedrückt, sondern in der Alternative zur sowjetischen Diktatur. Und wenn es um den Gegensatz zwischen dem verkündeten Communismo a l'Italiano und dem sowjetisch gehandhabten Sozialismus geht, ist die Präferenz Sacharows natürlich leicht zu verstehen. Das ist kein Grund für uns, es darauf ankommen zu lassen, dass sich auch in Westeuropa die Alternative nur noch so stellt.

Sacharows Ausführungen bezogen sich auf den 25. KPdSU-Kongress vom Februar dieses Jahres

«Die Tatsache, dass die Marxisten-Leninisten in mehreren Ländern anstelle des Ausdrucks ‚Diktatur des Proletariats‘ andere Ausdrücke brauchen wie ‚Herrschaft‘ oder ‚politische Macht der Arbeiterklasse‘, ändert am marxistischen Sinn des Grundprinzips nichts.»

«Sowjetskoje gosudarstwo i pravo», Moskau, Nr. 1/1976

und auf jenen Fächer an Auffassungen, der sich aus den Voten der verschiedenen Delegierten ergab. Und in diesem gegebenen Rahmen spricht sich der Friedensnobelpreisträger für die Positionen des Eurokommunismus aus. Auch so übrigens nicht ohne Vorbehalte bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit. Diese zweifelt er bei der französischen KP stärker an als bei der italienischen.

Die Rede Berlinguers auf dem sowjetischen Parteitag habe, so sagt Sacharow, zwar viele der rituellen Formeln enthalten, die auch die Reden der andern Gastdelegierten gekennzeichnet hätten, aber die Substanz sei doch eine andere gewesen, vor allem wenn man das Referat Breschnews zum Vergleich heranziehe. Der entscheidende Unterschied liegt laut Sacharow in Berlinguers Feststellung, «die Arbeiterklasse könne und solle ihre Funktion in einem pluralistischen und demokratischen System erfüllen».

Und Sacharow fährt fort: «In diesem Unterschied sehe ich eine Kritik am sowjetischen System und eine wenigstens indirekte Unterstützung der Auffassung jener, die hierzulande als Dissidente gelten und schon lange betonen, dass unsere Gesellschaft, die seit 60 Jahren auf Terror beruht, weder pluralistisch noch demokratisch ist.»

Es ist also durchaus eindeutig, womit Sacharow sich solidarisiert, wenn er sagt, seine Auffassungen kämen den Auffassungen Berlinguers sehr nahe. Es geht um die Ablehnung des Sowjetsystems, die er bei Berlinguer impliziert — oder unterstellt.

Wobei es offenkundig ist, dass diese Unterstellung im Interesse der sowjetischen Dissidenten liegt. Man nennt sie Verbündete des ausländi-



Andrej Sacharow: Solidarität womit?